

OA-Update 2023/09 | Stand: 09. Juni

# Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

laut Informationen von Bloomberg haben die Vertreter der 27 EU-Staaten auch in der abgelaufenen Woche noch keine Einigung über das elfte EU-Sanktionspaket erzielt. Noch werde insbesondere um die Ausgestaltung der Maßnahmen zur Verhinderung der Sanktionsumgehung gestritten. Das geplante elfte Sanktionspaket war diese Woche auch Thema im Ost-Ausschuss-Arbeitskreis Russland, über den wir im Update ebenso berichten, wie über die aktuelle Entwicklung im deutsch-russischen Handel.



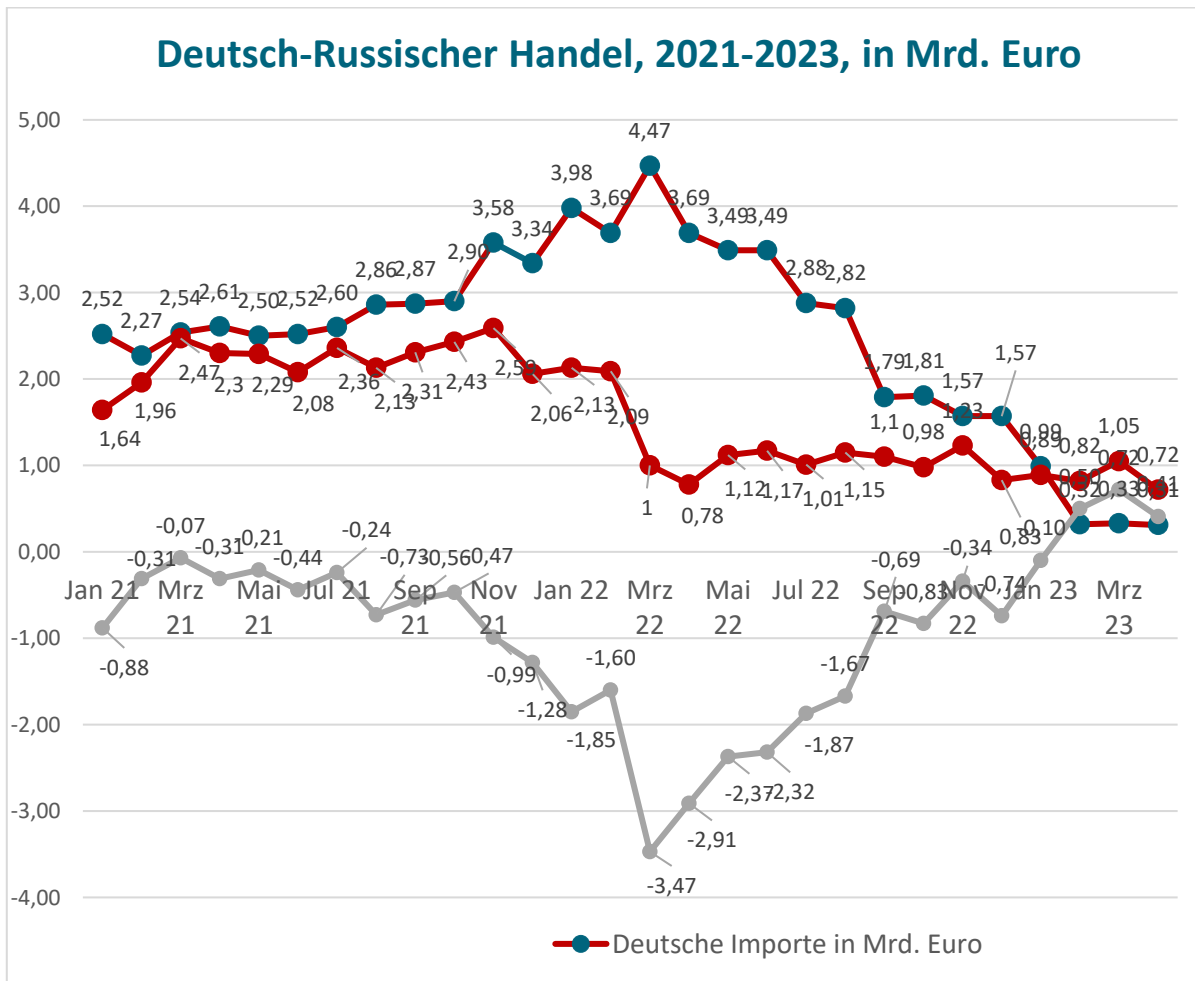
Einig war sich die EU über die Ausweitung von Personensanktionen wegen der Verhaftung des Oppositionellen Wladimir Kara-Mursa und wegen von Russland provozierter Unruhen in der Republik Moldau. Und auch die Arbeiten an gemeinsamen Standards für die europaweite Bestrafung von Sanktionsverstößen kommen voran. Aus Russland wird über die Einführung neuer Auflagen für ausländische Unternehmen berichtet. Außerdem kam es zu Maßnahmen gegen Repräsentanten deutscher Organisationen in Russland, weshalb die Bundesregierung die Schließung fast aller russischen Konsulate in Deutschland und der deutschen Konsulate in Russland ankündigte. Trotz der Sanktionslasten akzeptieren laut einer Umfrage des IW-Instituts in Deutschland 71 Prozent der Befragten die EU-Sanktionen gegen Russland. Hier alle Themen in der Übersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

# 1. Ost-Ausschuss

## Massive Verschiebungen im deutsch-russischen Handel seit März 2022

Schaut man auf eine vom Ost-Ausschuss erstellte Grafik zur Entwicklung des deutschen Handels mit Russland, so sind innerhalb der Zeit seit Ausbruch des Krieges bemerkenswerte Entwicklungen zu erkennen. Nachdem infolge stark steigender Energiepreise und stark fallender Exporte das Handelsbilanzdefizit ab dem Frühjahr 2022 massiv gestiegen war, wurde im August 2022 ein Wendepunkt erreicht, der mit dem Stopp russischen Pipeline-gases zusammenhing. Durch das seit Anfang 2023 greifende Ölembargo sind die deutschen Importe aus Russland nun sogar unter den Wert der deutschen Exporte gefallen, aus einem Handelsbilanzdefizit ist ein –überschuss geworden. Nach den aktuell vom Ost-Ausschuss ausgewerteten Handelszahlen für den Monat April sanken die deutschen Importe im Vergleich zum Vorjahresmonat um 91,5 Prozent auf 313 Millionen Euro, die deutschen Exporte nach Russland, die bereits im April 2022 massiv eingebrochen waren, sanken im Jahresvergleich nochmals um 8,5 Prozent auf 717. Millionen Euro. Auf die ersten vier Monate 2023 bezogen lagen die Importe aus Russland um 87,5 Prozent im Minus, bei den deutschen Exporten lag das Minus bei 42 Prozent.



---

## Sitzungen des Arbeitskreises Russland zum Sanktionsthema und Compliance-Fragen

Die Sanktionen und die aktuellen Entwicklungen in der russischen Wirtschaft standen im Mittelpunkt der Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Russland am 6. Juni, die erstmals durch den neuen AK-Sprecher Stephan Eder (Stada AG) geleitet wurde. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes informierte die rund 50 Teilnehmer zu Beginn der hybriden Sitzung über aktuelle Entwicklungen bei den Russland-Sanktionen. Der Schwerpunkt des 11. Sanktionspakets, das derzeit noch in der EU abgestimmt wird, werde auf der Schließung von Schlupflöchern liegen. Der Fokus liege dabei insbesondere auf kriegswichtigen und Dual-Use-Gütern. Bundesregierung und EU bemühten sich dabei auch um die Kooperation mit Drittstaaten. Chris Weafer von der Moskauer Beratungsgesellschaft Macro Advisory Group gab im zweiten Teil der Sitzung einen fundierten Überblick über die aktuelle Entwicklung der russischen Wirtschaft. Derzeit gebe es in der russischen Regierung zwar Erleichterung wegen der Verbesserung wirtschaftlicher Indikatoren. Auch die Prognosen in- und ausländischer Institute für das laufende Jahr seien angehoben worden und bewegten sich in einem Bereich von plus bis minus einem Prozent Wachstum. Die negativen Konsequenzen der Sanktionen, der fehlenden Neuinvestitionen und des Rückzugs ausländischer Unternehmen ließen aber mittelfristig eine Stagnation der russischen Wirtschaft erwarten. Die niedrigeren Einnahmen aus dem Energieexport belasteten den Staatshaushalt, ließen weitere Ausgabenkürzungen erwarten und erhöhten den Druck zu weiteren Steueranhebungen für Unternehmen. Weafer korrigierte auch die häufig irreführenden Angaben zum Rückzug ausländischer Firmen. Dabei dürfe man nicht auf die bloße Anzahl der Unternehmen, sondern auf deren Umsatz in Russland schauen. Hier zeige sich, dass durch den Exit der Umsatz ausländischer Unternehmen in Russland beträchtlich zurückgegangen sei, weil sich gerade viele umsatzstarke Firmen mit großer Bedeutung für die russische Wirtschaft zurückgezogen hätten. Es sei eben ein Unterschied, ob sich ein Autohersteller oder eine Modekette vom russischen Markt zurückziehe.

### Business for Business – digitale Compliance-Instrumente

Rund 80 Unternehmensvertreter nahmen am 1. Juni an einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung „Business for Business“, teil, mit der der Ost-Ausschuss regelmäßig über den Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland informiert. Unternehmen erhalten hier aktuelle Hinweise, insbesondere für den Rückzug vom russischen Markt und den Umgang mit Sanktionen. Eröffnet wurde die Sitzung von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms. Im Anschluss berichteten Vertreter deutscher Unternehmen über die Herausforderungen auf dem russischen Markt seit Februar 2022, die häufig zum Verlust der wirtschaftlichen Geschäftsbasis führten. Für den Rückzug gibt es verschiedene Lösungsansätze, etwa ein Management-Buy-Out, den Verkauf oder die Liquidierung der russischen Einheit. Wichtig ist den Unternehmen dabei der verantwortungsvolle Umgang mit der russischen Belegschaft, die teils Angebote zur Weiterbeschäftigung außerhalb Russlands erhält. André Scholz von der Kanzlei RSP International gab eine ausführliche Übersicht über die rechtlichen Rahmenbedingungen beim Rückzug vom Markt, die durch Verfügungsbeschränkungen, Preisabschläge und eine Exit Tax erheblich erschwert werde. Die Ausschüttung von Gewinnen werde derzeit kaum genehmigt. Im Hinblick auf die umfangreiche Sanktionsgesetzgebung konnten sich die

Teilnehmenden über digitale Compliance-Instrumente informieren, die die Kontrolle der Lieferkette unterstützen.

Bei Interesse an weiteren Unterlagen zu den Veranstaltungen melden Sie sich gerne.

## 2. Deutschland

---

### **IW-Umfrage: Große Mehrheit unterstützt Russland-Sanktionen**

71 Prozent der Deutschen stehen hinter den Sanktionen gegen Russland – und das, obwohl eine Mehrheit der Ansicht ist, die Sanktionen schaden Deutschland stärker als Russland. Das zeigt eine neue repräsentative Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Mit Ausnahme der AfD befürworteten die Anhänger aller im Bundestag vertretenen Parteien die Politik mehrheitlich.

Laut der Umfrage sprechen sich 71 Prozent der Deutschen dafür aus, die bestehende Sanktionspolitik beizubehalten oder sogar zu verschärfen. In Ostdeutschland fällt die Zustimmung geringer aus, mit 56 Prozent befürwortet aber auch hier eine Mehrheit die bisherige Politik. Im Westen sind es 73 Prozent.

Unterschiede gibt es zwischen den Partei-Anhängern:

- 66 Prozent der AfD-Anhänger lehnen die Sanktionen ab.
- Die Linkspartei zeigt sich geographisch stark gespalten: Während in Westdeutschland die Gegner mit rund 40 Prozent in der Minderheit sind, wollen in den neuen Bundesländern 58 Prozent die Sanktionen abschwächen.
- Mit 90 Prozent fällt die Unterstützung unter Anhängern der Grünen am höchsten aus, mit
- 85 und 80 Prozent sind auch in SPD und Union die Befürworter deutlich in der Überzahl.
- Unter den Regierungsparteien sehen FDP-Anhänger die Sanktionen am kritischsten: 26 Prozent möchten die Sanktionen abschwächen.
- 84 Prozent gehen davon aus, dass die Sanktionen ihren Zweck erfüllen – und sie der russischen Wirtschaft schaden.
- Allerdings glauben gleichzeitig 72,5 Prozent, dass die eingefrorenen Handelsbeziehungen der deutschen Wirtschaft mehr schaden als der russischen.
- Nur eine Minderheit rechnet mit einer Verbesserung der Beziehungen: 86 Prozent halten Russland auch in den nächsten zehn Jahren für keinen verlässlichen Handelspartner.

„Trotz Schäden im eigenen Land sind die meisten Deutschen weiterhin bereit, die Sanktionen mitzutragen“, sagt IW-Ökonom Matthias Diermeier. Ausgenommen davon seien AfD-Anhänger und die ostdeutschen Anhänger der Linkspartei. „Diese Sanktionsgegner lassen sich selbst mit weiteren Entlastungen kaum umstimmen“, ergänzt Studienautorin Melinda Fremerey. Und das, obwohl diese Gruppe die größten wirtschaftlichen Sorgen äußere.

-----

### **Russland: Starke Begrenzung der Mitarbeiter deutscher Einrichtungen im Land**

Hunderte Angestellte deutscher Einrichtungen in Russland müssen laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ mit dem Verlust ihrer Akkreditierung rechnen. Es seien in gewissem Umfang Diplomaten und Diplomatinen, aber vor allem „Kulturmittler“ wie etwa Lehrkräfte der deutschen Schule in Moskau und Mitarbeitende der Goethe-Institute betroffen, schreibt die Zeitung. Insgesamt ist von einer dreistelligen Zahl die Rede. Das Auswärtige Amt verwies demnach auf eine im April getroffene Entscheidung des russischen Außenministeriums. Diese sehe vor, für den Personalbestand der Auslandsvertretungen und der deutschen Mittlerorganisationen in Russland eine Obergrenze einzuführen. „Diese von Russland ab Anfang Juni festgelegte Grenze erfordert einen großen Einschnitt in allen Bereichen unserer Präsenz in Russland.“ Vor allem russische Ortskräfte wären von dem Schritt wohl betroffen. Bleiben sollen den Angaben zufolge etwa 350 Personen.

Hintergrund ist offenbar ein früherer Versuch der deutschen Bundesregierung, als Diplomaten getarnte Mitarbeiter russischer Geheimdienste loszuwerden. Als im April schließlich eine zweistellige Zahl an Mitarbeitern Deutschland verließen, sprach das russische Außenministerium von einem „feindseligen Vorgehen Berlins“ – und kündigte Konsequenzen an. Nun hält Russland der Bundesregierung vor, sie habe etwa doppelt so viele Menschen nach Russland entsandt wie umgekehrt.

„Angesichts dieser einseitigen, nicht gerechtfertigten und nicht nachvollziehbaren Entscheidung geht es der Bundesregierung nun darum, eine Minimalpräsenz der Mittler in Russland bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung auch der diplomatischen Präsenz sicherzustellen“, zitiert die »Süddeutsche Zeitung« das Auswärtige Amt. Dies sei nur möglich, wenn „in allen Bereichen die Zahl der Mitarbeitenden teils stark reduziert wird“. Auch eine mögliche deutsche Reaktion ist laut Auswärtigem Amt nicht ausgeschlossen:

### [Russland wirft Hunderte deutsche Staatsbedienstete aus dem Land - DER SPIEGEL](#)

[Zahlreiche Bedienstete deutscher Institutionen müssen Russland verlassen | tagesschau.de](#)

-----

### **Entscheidung der Bundesregierung: Vier von fünf russischen Konsulaten müssen schließen**

Deutschland reagiert auf die Einschränkungen für die eigenen Staatsbedienstete in Russland und schließt vier russische Konsulate. Dies sei der russischen Seite am 31. Mai mitgeteilt worden, sagte ein Außenamtssprecher in Berlin. Ein weiteres Generalkonsulat sowie die russische Botschaft können demnach weiterbetrieben werden. Welches russische Konsulat weiter in Betrieb bleibt, war zunächst unklar. Russland sei

aufgefordert worden, „die Abwicklung der vier Generalkonsulate in der Bundesrepublik Deutschland umgehend zu veranlassen und bis spätestens zum 31.12.2023 abzuschließen“, hieß es.

Das Auswärtige Amt kündigte zudem an, im November in drei eigenen Generalkonsulaten in Russland den Betrieb einzustellen: Betroffen sind demnach die Niederlassungen in Kaliningrad, Jekaterinburg und Nowosibirsk. Mit dem Schritt werde „strukturelle und personelle Parität“ hergestellt, hieß es vom Auswärtigen Amt.

Russland hatte die Zahl der erlaubten deutschen Staatsbediensteten in Russland auf 350 Personen begrenzt. Mit der Beschränkung durch Russland sei die Personalstärke in den deutschen Generalkonsulaten in Russland nicht mehr ausreichend für eine konsularische Betreuung, hieß es. Die Regelung betrifft grundsätzlich auch Kulturinstitute. So soll etwa an den deutschen Schulen und Goetheinstituten eine Minimalpräsenz aufrechterhalten werden. Die Deutsche Botschaft Moskau und das Generalkonsulat in Sankt Petersburg bleiben ebenfalls geöffnet. Der Außenamtssprecher warf Russland eine Eskalation vor. „Diese ungerechtfertigte Entscheidung zwingt die Bundesregierung zu einem sehr erheblichen Einschnitt in allen Bereichen ihrer Präsenz in Russland“, sagte der Sprecher.

Das russische Außenministerium kritisierte die Entscheidung Berlins. Von der geforderten Schließung russischer Konsulate in Deutschland seien die Standorte Hamburg, Leipzig, München und Frankfurt am Main betroffen. Russland unterhält weiter ein Generalkonsulat in Bonn. Das russische Außenministerium kündigte eine Reaktion auf die angeordneten Schließungen an.

Deutschland und Russland hatten im Zuge ihrer schweren Spannungen in der Vergangenheit immer wieder gegenseitig Diplomaten ausgewiesen. Schon jetzt sind die Vertretungen stark ausgedünnt, die Dienstleistungen für deutsche Staatsbürger sind reduziert oder mit längeren Wartezeiten etwa bei der Ausstellung von Dokumenten verbunden.

[Auslandsvertretungen - Deutschland entzieht vier russischen Konsulaten die Lizenz \(deutschlandfunk.de\)](https://www.deutschlandfunk.de/Auslandsvertretungen-Deutschland-entzieht-vier-russischen-Konsulaten-die-Lizenz-10177778.html)

## **EU-Mitgliedstaaten billigen Harmonisierung des EU-Sanktionsstrafrechts**

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich laut einer Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) am 24. Mai im Rat der Ständigen Vertreter (AStV) auf eine Harmonisierung des Sanktionsstrafrechts geeinigt. Die Einigung müsse nun noch im Ministerrat bestätigt werden, anschließend können sich das Europäische Parlament und der Rat auf die finale Fassung der Richtlinie verständigen.

Hier die Inhalte des EU-Sanktionsstrafrechts laut BMWK:

Die allgemeine Ausrichtung zum Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 2.12.2022 (COM (2022) 684 final) enthält Mindeststandards für die strafrechtliche Ahndung von Verstößen gegen die gemeinsamen EU-Sanktionen. Damit sollen die effektive

Sanktionsdurchsetzung gegenüber Russland insgesamt gestärkt und die Umgehungsbekämpfung europaweit verbessert werden. Dafür sieht der Vorschlag detaillierte und weitreichende Vorgaben für die Definition von Straftaten aufgrund von Sanktionsverstößen und Umgehungstaten vor.

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck erklärte dazu:

„Wir müssen den Sanktionsdruck auf Russland weiter verschärfen und die Sanktionsumgehung über Drittstaaten eindämmen. Dazu stimmen wir derzeit im Kreis der EU-Mitgliedstaaten ein schlagkräftiges 11. Sanktionspaket ab. Bereits heute ist dem Rat ein wichtiger Schritt zur Sanktionsdurchsetzung und Umgehungsbekämpfung gelungen. Wir konnten uns innerhalb kürzester Zeit auf ambitionierte gemeinsame Standards für die europaweite Bestrafung von Sanktionsverstößen einigen. Mit der heutigen Einigung auf eine Allgemeine Ausrichtung des Rates rückt das gemeinsame Ziel in greifbare Nähe, Sanktionsbrüche künftig in allen EU-Mitgliedstaaten effektiv zu verfolgen und zu bestrafen.“

#### Inhalt des Richtlinienvorschlags

- Strafbare Verstöße gegen EU-Sanktionen werden in dem Richtlinienvorschlag detailliert definiert. Ein wichtiges Element ist dabei die Strafbarkeit bestimmter Formen der Sanktionsumgehung etwa durch Verschleierungshandlungen.
- Zudem werden Erträge aus bestimmten Umgehungstaten zukünftig europaweit einer erweiterten Einziehung unterliegen.
- Mindestvorgaben an die Strafbarkeit sehen bei natürlichen Personen im Höchstmaß eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren vor. Dieser Strafrahmen gilt unter anderem für alle Sanktionsverstöße, die Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter betreffen.
- Bei juristischen Personen besteht in bestimmten Fällen die Möglichkeit, Geldstrafen in Höhe von bis zu 40 Millionen Euro oder 5 Prozent des weltweiten Gesamtumsatzes vorzusehen.
- Auch die Rahmenbedingungen für die Strafverfolgung und die justizielle Zusammenarbeit werden verbessert. Die Koordinierung und Kooperation der Behörden der EU-Mitgliedstaaten untereinander sowie mit der Europäischen Kommission werden gestärkt, um die Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von strafbaren Verstößen gegen EU-Sanktionen europaweit zu fördern.
- Zudem müssen die Mitgliedstaaten wirksame Ermittlungsinstrumente vorsehen.
- Personen, die Verstöße gegen EU-Sanktionen melden, sollen zukünftig nach den Vorgaben der Hinweisgebererschutz-Richtlinie geschützt werden.

#### Anpassung der europäischen Verträge

Um das Sanktionsstrafrecht innerhalb der EU harmonisieren zu können, hatte der Rat mit einem einstimmigen Beschluss am 28.11.2022 den Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union als einen Bereich besonders schwerer Kriminalität im Sinne des Artikels 83 AEUV bestimmt, bei dem eine grenzüberschreitende Dimension besteht.

Umfang des nationalen Umsetzungsbedarfs

In Deutschland werden Sanktionsverstöße im Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und in der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) schon jetzt als Straftat oder Ordnungswidrigkeit geahndet. Gleichwohl wird die europäische Harmonisierung voraussichtlich Anpassungsbedarf im nationalen Recht auslösen. Das BMWK als Federführer für das deutsche Sanktionsstrafrecht ist nach Abschluss des europäischen Gesetzgebungsverfahrens für die nationale Umsetzung zuständig.

Auch der Europäische Ministerrat hat sich inzwischen laut einer von ihm im Internet veröffentlichten Meldung am 9. Juni auf seine Verhandlungsposition für ein EU-Gesetz geeinigt, mit dem Straftatbestände und Sanktionen für die Verletzung von EU-Sanktionen eingeführt werden.

[EU sanctions: Council finalises position on law that aligns penalties for violations - Consilium \(europa.eu\)](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/06/09/eu-sanctions-council-finalises-position-on-law-that-aligns-penalties-for-violations/)

-----

### **Verfahren wegen Umgehung der Dual-use-Verordnung**

Am Montag, den 22. Mai, gab die Staatsanwaltschaft München bekannt, dass sie gegen vier ehemalige Geschäftsführer des Münchner Technologieunternehmens FinFisher Anklage erhoben hat, weil sie ohne Ausfuhrgenehmigung verbotene Software an eine türkische Regierungsbehörde verkauft haben sollen. Die Dual-Use-Verordnung (Verordnung (EU) 2021/821) beschränkt den Verkauf von Cyber-Überwachungssoftware an eine kleine Gruppe von Ländern außerhalb der EU, zu denen die Türkei nicht gehört.

Die Staatsanwaltschaft wirft den ehemaligen FinFisher-Führungskräften vor, versucht zu haben, die EU-Ausfuhrkontrollen zu umgehen, indem sie eine bulgarische Tochtergesellschaft als Verkäuferin der Software und eine falsche türkische Zollbehörde als Käuferin angegeben haben. Es geht um einen Vorgang aus dem Jahr 2017, bei dem es um den Verkauf einer Überwachungssoftware ging. In dem Verfahren hatte es unter anderem Hausdurchsuchungen in 15 Objekten gegeben.

-----

### **Siemens stoppte die Auslieferung von neun Hochgeschwindigkeitszügen nach Russland – jetzt drohen Strafzahlungen**

Ein Arbitragegericht in Moskau hat gegen Siemens eine Vertragsstrafe in Höhe von 6,1 Millionen Rubel (70.000 Euro) pro Tag verhängt. Geklagt hatte die russische Staatsbahn RZD, weil der Münchner Konzern im vergangenen Jahr die Lieferung von



Sapsan-Hochgeschwindigkeitszügen nach Russland gestoppt hatte, die in Krefeld produziert werden. Gegenstand des Streits ist ein Vertrag von Juni 2019 über die Lieferung und 30-jährige Wartung von 13 Sapsan im Wert von 1,1 Milliarden Euro. Im Herbst 2022 kündigte Siemens den Vertrag, nachdem der Westen Sanktionen gegen RZD verhängt hatte. Das Moskauer Gericht sah in den Sanktionen keinen hinreichenden Kündigungsgrund, da sie sich nicht auf Altverträge erstreckten. Bei dieser Einschätzung verwies das Gericht auf Erläuterungen der Europäischen Kommission. Vier der dreizehn Sapsan hatte Siemens bereits vor dem Lieferstopp an RZD übergeben. Die restlichen neun wollen die Deutschen produzieren und einlagern. Nicht ausgeschlossen ist laut Wirtschaftswoche, dass Siemens die zurückgehaltenen Züge nun in die Ukraine oder ein anderes post-sowjetisches Land mit passender Spurweite verkaufen kann.

[Siemens-Rückzug aus Russland: „Dann fahren die Züge halt durch die Ukraine statt durch Russland“ \(wiwo.de\)](#)

[Суд будет ежедневно взыскивать с Siemens по 6,1 млн рублей неустойки в пользу РЖД \(interfax.ru\)](#)

-----

### **Durchsuchungen bei Usmanow waren rechtswidrig**

Der russische-usbekische Oligarch Alischer Usmanow hat einen juristischen Teilerfolg errungen. Das Landgericht Frankfurt erklärte nach SPIEGEL-Informationen mehrere Durchsuchungen, die im vergangenen Jahr stattgefunden hatten, für rechtswidrig. Die Entscheidung erfolgte im Rahmen eines Verfahrens wegen Geldwäsche gegen den Unternehmer. Gegen ihn wird zusätzlich wegen Steuerhinterziehung und Sanktionsverstößen ermittelt.

Im September hatten Beamtinnen und Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) und der Steuerfahndung mehrere Villen am Tegernsee, eine Wohnung bei Frankfurt am Main sowie die Megajacht »Dilbar« im Bremer Hafen durchsucht. Neben Unterlagen beschlagnahmten die Ermittler auch wertvolle Kunstgegenstände.

Um den Vorwurf der Geldwäsche gegen Usmanow zu untermauern, hatten Wirtschaftskriminalisten der BKA-Abteilung für Schwere und Organisierte Kriminalität knapp 90 Geldwäscheverdachtsanzeigen von Banken zusammengetragen, die auffällige Transaktionen beschrieben.

Das Gericht befand nun jedoch, dass für die Durchsuchungen bei Usmanow kein Anfangsverdacht wegen Geldwäsche vorgelegen habe. In ihrer Begründung stellte die Kammer zudem gravierende Mängel in den von der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft beantragten Durchsuchungsbeschlüssen fest.

[Alischer Usmanow: Ermittlungen wegen Geldwäsche - Gericht kippt Durchsuchungen bei Oligarch - DER SPIEGEL](#)

### 3. Europäische Union

---

#### **Keine Sanktionen gegen Drittländer?**

In Brüssel laufen weiterhin die Gespräche zum lange angekündigten elften Sanktionspaket gegen Russland. Laut Bloomberg gab es mit Stand 9. Juni weiter keine Einigung unter den 27 Mitgliedsländern. Dabei sind Pläne der EU-Kommission, den Handel mit zentralasiatischen Drittländern einzustellen, über die mögliche Sanktionsumgehungen stattfinden, offenbar vom Tisch. Laut eines Berichts der österreichischen Nachrichtenagentur APA hat der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel diese Option ausgeschlossen. „Die Europäische Union (EU) hat versprochen, keine Sanktionen gegen die zentralasiatischen Länder zu verhängen, die die Restriktionen gegen die Russische Föderation umgehen“, sagte Michel auf einer Pressekonferenz nach dem zweiten EU-Zentralasien-Gipfel in Kirgisistan, berichtet APA.

„Wir haben bereits eine Reihe von Maßnahmen gegen diejenigen ergriffen, die die russische Kriegsmaschinerie unterstützen, wir haben das zehnte Sanktionspaket gebilligt, und jetzt diskutieren wir über das elfte Sanktionspaket, um das Risiko einer Umgehung der Sanktionen zu verringern. Ich möchte jedoch klarstellen, dass wir keine extraterritorialen Maßnahmen ergreifen werden, wir verhängen keine Sanktionen, das ist besonders wichtig. Wir wollen mit allen unseren Partnern nur im Dialog arbeiten. Wir haben bereits David O'Sullivan, den Sonderbeauftragten für Sanktionen, beauftragt, sich mit allen Ländern der Region zu treffen, um unsere Partner davon zu überzeugen, Russland nicht zu helfen, und er hatte Gelegenheit, mit ihnen alle Fragen im Zusammenhang mit Sanktionen zu erörtern. Unser Sonderbeauftragter hört sich auch die Meinungen der anderen Parteien zu den Folgen unserer Sanktionen an“, so Michel.

[EU will not impose sanctions on Central Asian countries because it bypasses sanctions against Russia \(apa.az\)](#)

Wahrscheinlicher ist hingegen, dass in Zukunft im Handel mit kriegsrelevanten Gütern mit einer Nicht-für-Russland-Klausel und schwarzen Listen gearbeitet wird. Bestimmte Güter sollen nur dann aus der EU exportiert werden können, wenn die Importeure eine „Nicht für Russland“-Klausel unterschreiben. Das soll die Bundesregierung bei Verhandlungen in Brüssel vorgeschlagen haben. Die importierenden Unternehmen aus Drittstaaten müssten sich dazu verpflichten, die betroffenen Waren, vor allem Dual-Use-Güter, nicht weiter nach Russland zu exportieren. Zudem sollen die Importeure auch garantieren, dass sie die Güter nur an Firmen weiterverkaufen, die ebenfalls solche Russland-Klauseln unterschreiben.

-----

#### **EU erweitert Anwendungsbereich von Sanktionen und bezieht auch Familienangehörige ein**

Die EU hat den Anwendungsbereich der Russland-Ukraine-Sanktionen erweitert Die Änderung von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 erlaubt nun die Benennung von in Russland tätigen führenden Geschäftsleuten und:

- unmittelbare Familienangehörige;
- andere natürliche Personen, die von ihnen profitieren;
- Geschäftsleute, die in Wirtschaftszweigen tätig sind, die eine wesentliche Einnahmequelle für die russische Regierung darstellen.

Mit dieser Ausweitung hat der Rat versucht, die Umgehung restriktiver Maßnahmen zu verringern, indem er die direkte Benennung von Familienmitgliedern und anderen natürlichen Personen, die von russischen Geschäftsleuten profitieren, zulässt und diese Geschäftsleute daran hindert, ihr Vermögen zu „verstecken“.

Außerdem hat der EU-Ministerrat den Kreis der russischen Unternehmer erweitert, gegen die EU-Sanktionen verhängt werden können. Laut einer gestern in Kraft getretenen Verordnungsänderung können nun Sanktionen gegen „führende Geschäftsleute“ ohne Rücksicht auf die Wirtschaftssektoren verhängt werden, in denen sie in Russland tätig sind. Bisher waren Maßnahmen gegen „führende Geschäftsleute“ auf Branchen begrenzt, die eine „wesentliche Einnahmequelle“ für die russische Regierung darstellten.

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32023R1089 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32023D1094 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

-----

## **Armenien und Kasachstan blockieren Parallelimporte nach Russland**

Banken in Armenien, Kasachstan und Hongkong haben in den letzten Wochen immer öfter Zahlungen von russischen Firmen an ihre ausländischen Lieferanten blockiert. Darüber berichtet die Berliner Zeitung unter Berufung auf einen Bericht der russischen Zeitung Kommersant. Betroffen seien Server, Chips, Prozessoren, Telekommunikationsgeräte und andere Elektronikteile, die russische Unternehmen seit Monaten mithilfe der sogenannten Parallelimporte über Drittländer einführen und somit die westlichen Sanktionen umgehen. Nun wird das von den Banken unterbunden. Die Gesprächspartner der Zeitung verbinden die Handlungen der Banken mit der Angst vor Sekundärsanktionen der USA. Das zehnte Sanktionspaket der USA gegen Russland von Ende Februar droht etwa den Banken in Drittländern mit Strafmaßnahmen, wenn sie Russland bei der Einfuhr der sanktionierten Waren helfen.

Es sei wahrscheinlich, dass die Banken zuletzt alle Zahlungen der russischen Unternehmen „manuell“ überprüfen würden, um Verstöße gegen US-Sanktionen zu verhindern, teilte eine Quelle der Zeitung mit. Deswegen würden die Unternehmen aus Russland jetzt versuchen, die betroffenen Komponenten unter anderen Zollnummern nach Russland einzuführen.

Russische Logistikexperten gehen davon aus, dass das Land maximal in einem Jahr mit einem Mangel an sanktionierten Waren konfrontiert sein könnte, wenn sich deren Einfuhr über „befreundete“ Staaten – so nennt Moskau die Länder, die sich nicht den westlichen Sanktionen angeschlossen haben – weiterhin erschweren sollte. Auch die EU-Länder diskutieren aktuell darüber, wie man die Sanktionsumgehung durch Russland mit dem elften Sanktionspaket unterbinden könnte. Die Berliner Zeitung hatte zuletzt

berichtet, dass auch die türkischen Behörden öfter gegen den Transit sanktionierter Waren nach Russland vorgehen.

-----

### **EU verhängt Sanktionen gegen Russen wegen Inhaftierung von Kara-Mursa**

Die Europäische Union hat Sanktionen gegen neun Russen im Zusammenhang mit der Inhaftierung des Kreml-Kritikers Wladimir Kara-Mursa verhängt, dies berichtet die dpa. Unter den Sanktionierten seien der Vize-Justizminister, Richter und andere Justizvertreter sowie ein hochrangiger Gefängnisbeamter, erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Montag. Ihre Vermögen wurden demnach eingefroren und ihnen wurde die Reise nach oder durch EU-Länder untersagt.

Kara-Mursa war Mitte April in Moskau wegen seiner Kritik am russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu 25 Jahren Haft in einer Strafkolonie mit „strengen Haftbedingungen“ verurteilt worden. Neben den Anklagepunkten Hochverrat und „Verbreitung von Falschinformationen“ wurde der 41-Jährige der illegalen Arbeit für eine „unerwünschte“ Organisation schuldig gesprochen.

Die „ungeheuerlich harten Haftstrafen zeigen klar den politischen Missbrauch der russischen Justiz, um die Zivilgesellschaft und unabhängige Stimmen gegen Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine zu unterdrücken“, betonte Borrell. Großbritannien und Litauen haben wegen des Falls ebenfalls russische Vertreter sanktioniert. Der bekannte Aktivist ist ein langjähriger Gegner Putins und war ein Vertrauter des im Jahr 2015 erschossenen Oppositionsführers Boris Nemzow. Fast alle der bekanntesten politischen Gegner Putins sind entweder aus dem Land geflohen oder sitzen im Gefängnis.

-----

### **Erweiterte Dual-Use-Kontrollliste**

Am 25. Mai 2023 verabschiedete die EU eine Verordnung zur Aktualisierung der EU-Ausfuhrkontrollliste für Güter mit doppeltem Verwendungszweck in Anhang I der Verordnung (EU) 2021/821.

Die aktualisierte EU-Kontrollliste enthält vier neue Einträge für marine Toxine, nämlich Brevetoxine, Gonyautoxine, Nodularine und Palytoxin, die synthetisiert und für biologische Waffen verwendet werden können.

Die Aktualisierung der EU-Kontrollliste wurde mit den Maßnahmen der USA koordiniert, die am 17. Januar 2023 die gleichen Kontrollen einführten.

[2022 Exceptional Update of the EU Control List of Dual-Use Items \(europa.eu\)](https://europa.eu)  
[Federal Register Notices \(doc.gov\)](https://www.federalregister.gov)

-----

## **Polen schließt Grenze für Lkw aus Belarus und Russland und sanktioniert 365 Belarussen**

Polen verschärft sein Grenzregime für Gütertransporte aus Belarus und Russland, dies berichtet Germany Trade&Invest. Das Innenministerium änderte dazu die „Verordnung über die vorübergehende Aussetzung oder Beschränkung des Grenzverkehrs an bestimmten Grenzübergangsstellen“ und beschränkt seit dem 1. Juni bis auf Weiteres den Grenzübertritt für Lastkraftwagen aus beiden Ländern. Das Verbot gilt für Lkw, Sattelzugmaschinen, Anhänger, Sattelaufleger und Fahrzeugkombinationen, die in Belarus oder Russland zugelassen sind. Zudem erweiterte Polen seine Sanktionsliste um 365 weitere Vertreter der belarussischen Regierung. Bereits mit dem 5. EU-Sanktionspaket wurde die Tätigkeit russischer und belarussischer Speditionen in der EU verboten. Bestimmte Ausnahmen gelten aber für lebensnotwendige Güter wie Agrarprodukte und Lebensmittel, humanitäre Hilfe und Energie. Ausnahmegenehmigungen zur Beförderung von Gütern können durch ein in Russland bzw. Belarus niedergelassenes Kraftverkehrsunternehmen u.a. beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beantragt werden. Mit dem Wegfall polnischer Grenzübergänge wäre aktuell noch über baltische Staaten eine Einreise möglich.

Hintergrund der polnischen Maßnahme sind die wachsenden politischen Spannungen mit Belarus nach dem Urteil gegen den Angehörigen der polnischen Minderheit, Andrzej Poczobut. Das Oberste Gericht von Belarus bestätigte ein im Februar 2023 verhängtes Urteil zu acht Jahren Lagerhaft gegen den 50-jährigen Journalisten.

Schon unmittelbar nach der Verurteilung Poczobuts begann Polen mit Einschränkungen des Güterverkehrs und schloss die Grenzübergänge Bobrowniki und Kururyki-Koroszczyń für Lkw aus Belarus. Bis dato können Auflieger aus Belarus noch mit einer polnischen Zugmaschine die Grenze überqueren. Mit dem neuen Erlass kommt der Transitverkehr aus Belarus und Russland auch am letzten noch offenen Grenzübergang Koslowitschi vorläufig vollständig zum Erliegen. Als Alternativen bleiben der Umweg über Litauen und Lettland, oder die Umladung der Fracht auf einen Lkw aus der EU.

Laut einem Bericht von Euractiv sanktioniert Polen zudem 365 belarussische Staatsbürger, die mit dem Staatsapparat in Verbindung stehen, nachdem der Oberste Gerichtshof von Belarus eine achtjährige Haftstrafe für Andrzej Poczobut bestätigt hat. Der Oberste Gerichtshof von Belarus wies dazu die Berufung von Poczobut gegen die Verurteilung zurück, die wegen „vorsätzlicher Handlungen zur Aufstachelung zu Feindseligkeit und Hass aus nationalen, religiösen und sozialen Gründen“ verhängt worden war. Auf der polnischen Sanktionsliste sind Personen aufgeführt, die „das belarussische Regime gefördert haben und an der Legitimierung und Unterstützung der repressiven Politik der Behörden in Minsk beteiligt waren“, teilte der polnische Innenminister Mariusz Kamiński mit.

Den Sanktionierten wird die Einreise nach Polen und in den gesamten Schengen-Raum untersagt, während den Geschäftsleuten laut der polnischen Entscheidung auch das Vermögen eingefroren wird.

Auf der polnischen Sanktionsliste stehen 159 Abgeordnete, 76 Richter, sieben Staatsanwälte, 32 Beamte der Kommunalverwaltung, 28 Beamte der Polizei und anderer Dienste, 23 Vertreter von Propagandamedien, 24 Sportler und Sportfunktionäre, acht Beamte der Staatsverwaltung und Vertreter staatlicher Unternehmen sowie acht Personen aus dem Bereich Kultur und Wissenschaft.

Sanktionen wurden auch gegen 16 Vertreter von Unternehmen mit Verbindungen zu Moskau und gegen Personen verhängt, die für die Organisation der irregulären Migration von Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Polen und in die baltischen Länder verantwortlich sind, so das Ministerium weiter.

[Nach Haft für Journalisten: Polen verhängt Sanktionen gegen Belarus – EURACTIV.de](#)

[Polen schließt Grenze für Lkw aus Belarus und Russland | Wirtschaftsumfeld | Belarus | Russland | Logistik \(gtai.de\)](#)

-----

### **Sanktionen gegen Russlands Stellvertreter in Moldau**

Die Europäische Union hat am 30. Mai Sanktionen gegen sieben Politiker und Geschäftsleute verhängt, denen der Versuch einer Destabilisierung Moldaus vorgeworfen wird. Demnach wird den sieben Sanktionierten die Einreise in die EU verboten, überdies werden ihre Vermögenswerte in der EU eingefroren.

Es handle sich um "Politiker und Geschäftsmänner mit moldauischer oder russischer Nationalität, die destabilisierende Aktivitäten unternommen haben", erklärte der Europäische Rat. Einige stünden in Zusammenhang mit einem Bankenbetrug, der dem staatlichen Haushalt Moldaus riesige Verluste bescherte. Andere werden mit "vom Kreml orchestrierten Bemühungen, Moldau zu destabilisieren", in Verbindung gebracht.

Unter anderem richten sich die Sanktionen gegen den moldawischen Politiker und Oligarchen Ilan Shor richten. Er ist Vorsitzender der russlandfreundlichen Shor-Partei, die wiederum die Initiatoren der Proteste in der Hauptstadt Chisinau unterstützt hatte. Die EU nennt seinen Namen zudem im Zusammenhang mit dem Bankenbetrug. Im April verurteilte das Berufungsgericht von Chisinau Shor bereits wegen Betrugs und Geldwäsche zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren. Zudem sollten ihm Vermögenswerte im Wert von 254 Millionen Euro entzogen werden. Die Gelder soll er nach Angaben der Behörden wiederum dazu verwendet haben, um die Unruhen im Land zu verstärken.

Auch Marina Tauber, stellvertretende Vorsitzende der Oppositionspartei Shor, steht auf der Sanktionsliste. Bei den Protesten im März nahm sie eine prominente Rolle ein und positionierte sich als Stimme der Demonstranten.

Außerdem sanktioniert werden Gheorghe Petru Cavaliuc, ehemaliger stellvertretende Leiter der Allgemeinen Polizeiinspektion der Republik Moldau, der russische Geschäftsmann Igor Chaika, der Oligarch und Politiker Vladimir Plahotniuc, der Politiker Aleksandr Kalinin sowie der russisch-moldawische Geschäftsmann Grigore Caramalac.

Seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine besteht in Chisinau und bei seinen westlichen Partnerstaaten die Sorge, dass Russland auch Moldau angreifen könnte.

[Moldau | Diese Politiker wollen das Land destabilisieren \(t-online.de\)](#)

-----

### **Gesetz soll russischen Einfluss auf Opposition in Polen untersuchen**

Polens Präsident Andrzej Duda sagte am 29. Mai laut einem Bericht von Bne Intellinews, er werde ein umstrittenes Gesetz unterzeichnen, das untersuchen soll, wie weit Russland unter früheren Oppositionsregierungen in die Sicherheit des Landes eingedrungen ist. Dudas Entscheidung hat nur wenige Monate vor den Parlamentswahlen, bei denen die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), mit der der Präsident eng verbündet ist, eine dritte Amtszeit in Folge anstrebt, einen politischen Sturm in Polen ausgelöst. Auch die EU und die USA kritisierten das Gesetz scharf und riefen dazu auf, die freien Wahlen im Herbst nicht zu gefährden.

Das umstrittene Gesetz könnte Polen weiter von der EU-Politik und den USA entfremden, und das zu einer Zeit, in der der Westen versucht, die Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression zu unterstützen, schreibt bne Intellinews.

Der Gesetzentwurf sieht die Einrichtung einer Kommission vor, die befugt ist, Personen für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren von der Erteilung von Sicherheitsgenehmigungen oder der Ausübung von Funktionen im Zusammenhang mit der Verwendung öffentlicher Mittel auszuschließen, wenn die Kommission feststellt, dass ihre Entscheidungen von Russland beeinflusst wurden. Beide Arten von Sanktionen würden es Personen, denen die Kommission diese Maßnahmen auferlegt hat, praktisch unmöglich machen, ein wichtiges Regierungsamt zu bekleiden oder sogar an Wahlen teilzunehmen. Dem Gesetzestext zufolge sind die Entscheidungen der Kommission endgültig. Sie können zwar vor einem Verwaltungsgericht angefochten werden, aber das ändert nichts an ihrer Vollstreckbarkeit, bis ein Urteil ergeht, was Monate, wenn nicht Jahre dauern kann.

Die Kommission will sich mit mutmaßlichen Fällen russischer Einflussnahme befassen, die zwischen 2007 und 2022 stattgefunden haben könnten. Dieser Zeitraum deckt zwei Amtszeiten der neoliberalen Regierung der Bürgerplattform (PO) unter Donald Tusk (2007-2015) ab. Die Opposition befürchtet daher, dass der Gesetzentwurf ein Versuch sein könnte, Tusk bei den Wahlen im Herbst aufgrund der von der Kommission vorgebrachten Anschuldigungen auszuschließen.

[bne IntelliNews - Duda says he will sign bill to bar politicians for being under Russian influence](#)

[Polen in der Kritik wegen Gesetz gegen russische Einflussnahme – EURACTIV.de](#)

-----

## Irland liquidiert russische Verkehrsunternehmen

Der irische High Court hat laut einer Meldung von Europeansanctions.com am 1. Juni die Liquidation der beiden in Irland eingetragenen staatlichen russischen Flugzeug- und Schiffsleasingunternehmen GTLK Europe DAC und GTLK Europe Capital DAC angeordnet. Die GTLK-Gesellschaften wurden am 21. April 2022 vom Vereinigten Königreich (britische Sanktionsliste), am 2. August 2022 von den USA und am 8. April 2022 von der EU mit Sanktionen belegt.

Die in Irland ansässigen Tochtergesellschaften beantragten eine Prüfung und versuchten, die Bestellung von Insolvenzverwaltern zu verhindern, indem sie sich auf ein Dekret von Wladimir Putin beriefen, mit dem Schulden in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar erlassen wurden. Das Gericht lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, dass das mögliche Auftauchen bestimmter Vermögenswerte in der Zukunft keine vernünftige Überlebenschance für die Unternehmen darstellte.

-----

EU-Maßnahmen in der Gesamtübersicht:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

FAQ zum zehnten Sanktionspaket:

[Q&A: tenth package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)



## 4. Russland

---

### **Russische Zentralbank: Statistik zu Unternehmensverkäufen**

Laut russischer Zentralbank hat es von März 2022 bis März 2023 rund 200 Verkäufe von Anteilen ausländischer Unternehmen in Russland gegeben. Dies meldet die AHK Moskau. In 40 Fällen habe der geschätzte Wert der Anteile höher als 100 Millionen US-Dollar gelegen, in fünf Fällen höher als 400 Millionen Dollar. Den Gesamtwert der Verkäufe bezifferte der Währungshüter nicht. Die staatliche Nachrichtenagentur RIA zitiert einen Analysten der St. Petersburger Bank BKF, der ausgehend von den Zentralbankdaten auf eine Summe von 36 Milliarden Dollar kommt. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg hatte die Verkäufe ausländischer Unternehmen auf 15 bis 20 Milliarden Dollar im Jahr 2022 geschätzt, der russische Wirtschaftsdienst AK&M sprach von 16,3 Milliarden Dollar für 2022.

[ЦБ оценил масштабы ухода иностранных компаний и его последствия для рубля — РБК \(rbc.ru\)](#)

-----

### **Unternehmensverkäufe: Putin will Gouverneure mitentscheiden lassen**

Die russischen Gouverneure sollen ein Mitspracherecht beim Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland erhalten. Das sieht ein Vorschlag von Präsident Wladimir Putin vor, der Anfang Juni vom Kreml veröffentlicht wurde. Demnach wären vor der Genehmigung des Verkaufs von Unternehmenswerten die jeweiligen Regionen zu konsultieren, in denen die Unternehmen tätig sind. Putin gab der Regierung bis zum 15. Juni Zeit, dazu Stellung zu beziehen.

[Путин предложил не разрешать продажу подконтрольных иностранцам компаний без согласия региональных властей – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

-----

### **Weitere Auflagen für ausländische Unternehmen geplant**

Verkäufe von ausländischen Unternehmen in Russland sollen offenbar einer weiteren Bedingung unterworfen werden: Die zuständige Regierungskommission diskutiert laut einem Bericht des russischen Kommersant eine Verpflichtung des Käufers, 10 bis 20 Prozent der erworbenen Anteile an der Börse anzubieten, so wird Zentralbankchefin Elvira Nabiullina zitiert. Die neue Bedingung soll aber nicht für bereits abgeschlossene Geschäfte gelten. Ein Börsengang würde Geld in die Kassen der Käufer spülen und ihre Unternehmen transparenter machen, erklären Experten. Allerdings stelle sich die Frage, wie dann etwa mit vertraglich festgeschriebenen Rückkaufrechten umzugehen sei.

Ebenfalls in der Diskussion ist laut einer Meldung der AHK Moskau eine Steuer von 25 Prozent auf Gewinne von westlichen Unternehmen. Möglich werde dies durch

Aufkündigung der Doppelbesteuerungsabkommen mit sog. unfreundlichen Ländern, die Russland sanktionieren.

[Уходя, разместить – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

-----

### **Eingefrorene Vermögen in Russland**

Russland hat Wertpapiere von europäischen Investoren im Wert von rund drei Milliarden Euro eingefroren. Das geht aus den Jahresberichten der beiden Abwickler von Wertpapiergeschäften Euroclear und Clearstream hervor. Die Summe der von der EU eingefrorenen russischen Mittel beträgt laut der russischen Zentralbank rund 65 Milliarden Euro, wovon 20 Prozent Privatpersonen gehören sollen. Die EU hingegen gibt an 300 Milliarden Euro an Zentralbankvermögen und Privatvermögen in Höhe von rund 21,5 Milliarden Euro eingefroren zu haben.

Einige der russischen Anleger kündigten jetzt an, vor russischen Gerichten eine Entschädigung einklagen zu wollen, wofür die eingefrorenen Mittel der europäischen Clearinghäuser herangezogen werden sollen.

Siehe auch Beitrag von Vedomosti:

[В России заблокированы активы Euroclear и Clearstream на 229 млрд рублей - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

-----

### **Russland - Aussetzung des Doppelbesteuerungsabkommens rückt näher**

Wie bereits in Update 08 berichtet, soll Ende Juni 2023 nunmehr der russische Präsidial-Erlass über die Aussetzung von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit „unfreundlichen Staaten“, zu denen auch Deutschland zählt, unterzeichnet werden. Die Kanzlei RSP International hat dazu eine Analyse der bevorstehenden Änderungen erstellt. Demnach wird die Maßnahme zum Wegfall von reduzierten Steuersätzen bei Dividendenausschüttungen und anderen Steuerprivilegien führen, was beispielsweise eine Quellensteuer bei Zinsen und Lizenzen zur Folge hat.

Im Ergebnis führt dies zu einer „Verlagerung“ der Vermeidung der Doppelbesteuerung auf die Ebene des jeweiligen nationalen Rechts, wobei Russland im Moment ausländische Steuern im Bereich der persönlichen Einkommensteuer ohne geltendes DBA nicht anrechnet. Die konkreten Rechtsfolgen ergeben sich dann auch im Zusammenhang mit (geplanten) Änderungen im Steuergesetzbuch der RF.

Die Diskussion innerhalb verschiedener russischer Gremien zeige jedoch, so RSP International, dass sich die Verantwortlichen durchaus über die Reichweite der Aussetzung der DBA bewusst sind, man aber noch nicht abschließend geklärt hat, wie man die Folgen für die russische Seite „auffängt“. So wurden teilweise öffentlich folgende Punkte erörtert:

- negative Auswirkung der Aussetzung auf russische Staatsbürger. Die Frage, wie man Russen von der Doppelbesteuerung schützt, bleibt noch offen.
- Beibehaltung der präferenziellen Quellensteuersätze für Kreditzinsen. Es ging um Kredite bei ausländischen Banken, denn die Teuerung der Kredite wird sich auf russische Unternehmen negativ auswirken.
- Beibehaltung der Präferenzen im Bereich Eurobonddividendenauszahlung für ausländische Unternehmen;
- Beibehaltung von bestimmten Präferenzen im Bereich der Lizenzgebühren. Zurzeit ist gemäß den Standard-DBA für Lizenzgebühren ein „Nullsatz“ bzw. die Besteuerung im Ansässigkeitsstaat des Lizenzgebers vorgesehen. Bei der Aussetzung des Abkommens würde ein Quellensteuersatz in Höhe von 20% angewendet.

Eine abschließende Bewertung der steuerlichen Konsequenzen sei im Moment noch nicht möglich, schreibt RSP International. Allerdings dürfte bereits jetzt klar sein, dass der Wegfall der DBA in einigen Fällen zu einer Doppelbesteuerungssituation führen wird und die Vermeidung einer Doppelbesteuerung in diesem Fall dann den nationalen Vorschriften wie u.a. den deutschen §§ 34c EStG, 26 KStG überlassen bleibt.

Hier die vollständige Einschätzung:

[Russland - Aussetzung der DBA rückt näher \(rsp-i.info\)](https://rsp-i.info)

-----

### **Auch Obama gelistet - Russisches Außenministerium spricht Einreiseverbote gegen 500 US-Amerikaner aus**

Als Reaktion auf die von den USA verhängten Sanktionen wird 500 Amerikanern als Gegenmaßnahme die Einreise in die Russische Föderation verweigert. Diese Erklärung veröffentlichte das russische Außenministerium am 19. Mai auf seiner Webseite. Unter den neu gelisteten Namen sind ehemalige wie aktive Beamte, Senatoren und Kongressabgeordnete sowie Angehörige der Rüstungsindustrie und von Denkfabriken. Interessant ist, dass insbesondere auch Personen ins Visier genommen werden, die sich an der Aufklärung des Sturms auf das Capitol vom 6. Januar 2021 beteiligt haben. Damals waren Anhänger des damals noch amtierenden, aber bereits abgewählten US-Präsidenten Donald Trump in das Kongressgebäude der Vereinigten Staaten am Capitol Hill eingedrungen. In der Folge gab es entsprechende Untersuchungsausschüsse und auch erste Gerichtsurteile.

Zu den prominenten Namen, die neu gelistet wurden gehören Ex-US-Präsident Barack Obama, die ehemaligen US-Botschafter in Russland John Tefft und Jon Meade Huntsman, die US-Armeeministerin Christine Wormuth, der Ex-Direktor des Pentagon, Charles „Chuck“ Hagel, die TV-Moderatoren Seth Myers und James Kimmel sowie die ukrainische Ex-Finanzministerin Natalija Jaresko.

[Заявление МИД России в связи с введением персональных санкций в отношении граждан США - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](https://mid.ru)

Außerdem teilte das russische Außenministerium mit, dass einem Ersuchen der Botschaft der Vereinigten Staaten in Moskau um einen konsularischen Besuch bei dem wegen Spionage verhafteten Reporter Eduard Gerschkovich erneut abgelehnt worden sei, „nachdem russischen Journalisten aus dem Pool von Außenminister Sergej Lawrow keine Visa ausgestellt wurden, so dass sie nicht nach New York fliegen konnten, um seinen Besuch bei der russischen Präsidentschaft des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu begleiten.“

---

### **Energieeinnahmen gehen stark zurück**

Die föderalen Einnahmen Russlands aus der Förderung und dem Export von Öl und Gas beliefen sich laut einer Zusammenstellung der AHK Moskau in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres auf knapp 2,3 Billionen Rubel (28 Milliarden Euro). Das waren um 52 Prozent weniger als im Januar-April 2022 sowie um 39 Prozent weniger als im September-Dezember 2022. Diese Daten hat das russische Finanzministerium veröffentlicht.

Die Behörde informierte demnach, dass die Energieeinnahmen im Januar am geringsten gewesen waren, 426 Milliarden Rubel (5,7 Milliarden Euro). Im Februar und März waren sie auf 521 Milliarden Rubel (6,7 Milliarden Euro) sowie 688 Milliarden Rubel (8,4 Milliarden Euro) gestiegen, im April aber wieder leicht auf 648 Milliarden Rubel (7,3 Milliarden Euro) gesunken.

Auf einer Sitzung des Regierungskabinetts mit Präsident Wladimir Putin kommentierte Finanzminister Anton Siluanow die Lage wie folgt: „Wir haben ein Problem mit den Öl- und Gaseinnahmen. Wir sehen, dass sie angesichts der Konjunktur und der [gewährten] Rabatte zurzeit noch unter dem Zielwert liegen.“

---

### **New York Times: Russische Schattenflotte umgeht Ölsanktionen**

Auf einer Vielzahl von Wegen umgeht Russlands Ölwirtschaft die Sanktionen der westlichen Allianz, berichtet n-tv unter Hinweis auf Untersuchungen der New York Times. Genutzt werde dafür ein Firmengeflecht mit globaler Schattenflotte. Manche Tanker fälschten dafür ihre Positionsdaten, um den Versicherungsschutz zu behalten.

Manchmal, so die Recherche der „New York Times“, stehen Tanker, die russisches Öl transportieren, auffällig lange und irgendwo in neutralen Seezonen in Asien herum. Manche vollführen demnach völlig sinnlose Manöver. Warum? Weil die Signale gefälscht sind, möglicherweise mit spezieller Software. Dies ergab der Abgleich mit anderen Daten, etwa Funksprüche und Fotos.

Im Februar sendete beispielsweise der Öltanker Cathay Phoenix westlich von Japan ein regelmäßiges Signal, das Bewegung im Kreis vortäuschte, wieder und wieder. Am Ende sah die Kurslinie aus wie geometrische Kunst per Schablone. Doch auf einem Satellitenbild des entsprechenden Gebiets war die Cathay Phoenix nicht zu sehen. Wohl

aber im russischen Hafen Kosmino, 400 Kilometer weiter nördlich in der Bucht von Nachodka, wo der Tanker Öl lud, das er dann nach China transportierte.

Das US-Medium verfolgte bei seiner Recherche sechs Tanker, die ihre Signale fälschten. Davon transportierten mindestens drei russisches Rohöl, das sie für höhere Preise als erlaubt in China verkauften. Die Schiffe verbergen ihre wahren Routen, um die Sanktionen der USA zu umgehen und ihren Versicherungsschutz zu behalten. Global gesehen sei dies höchstwahrscheinlich nur ein kleiner Ausschnitt einer Vielzahl von Umgehungstaktiken, etwa geheimes Umladen auf See. So fließt mehr Geld an staatliche Ölkonzerne und in den russischen Haushalt, als es bei Einhaltung der Strafmaßnahmen der Fall wäre.

Seit Dezember 2022 gilt auf dem westlichen Markt eine Preisobergrenze von 60 Dollar für russisches Rohöl. Falls Käufer mehr bezahlen, darf der Transport nicht versichert werden. Laut der internationalen Energieagentur IEA sind Russlands Einnahmen aus Öl- und Gaseinnahmen seither offiziell von 22,5 Milliarden Dollar auf 8,1 Milliarden Dollar im April geschrumpft.

Russisches Öl, das wie in den von der „New York Times“ festgestellten Fällen nach China verkauft wird, ist völlig legal und außerhalb des Sanktionsbereichs der westlichen Allianz. Doch der größte Teil des internationalen Schiffsverkehrs ist in Mitgliedsländern der Allianz versichert, im Fall der sechs nachverfolgten Schiffe bei der US-Firma American Club. Damit verstoßen sowohl die Transportunternehmen als auch der Versicherer gegen die Strafmaßnahmen. Laut dem US-Finanzministerium müssen Versicherer den Schutz auf der Stelle fristlos aussetzen, falls unter ihrem Deckmantel die Preisobergrenze überschritten wird. Fünf der sechs beobachteten Schiffe verschleierten mit ihren gefälschten Signalen auch Öltransporte aus den international sanktionierten Iran oder Venezuela. Sie seien nur Teil einer Schattenflotte unterschiedlicher Unternehmen, die sich nicht um Sanktionen des Westens scheren.

[Schattenflotte für Russland: Öltanker umgehen Sanktionen mit gefälschten Signalen - n-tv.de](https://www.n-tv.de)

### **Russisches Gold wird über die Vereinigten Arabischen Emiraten gehandelt**

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich nach Recherchen der Nachrichtenagentur Reuters zu einem wichtigen Umschlagplatz für russisches Gold entwickelt, seit die westlichen Sanktionen wegen der Ukraine Russlands traditionellere Exportwege abschneiden. Dies gehe aus russischen Zollunterlagen hervor.

Die Aufzeichnungen, die Einzelheiten zu fast tausend Goldsendungen im Jahr seit Beginn des Ukraine-Kriegs enthalten, zeigen, dass der Golfstaat 75,7 Tonnen russisches Gold im Wert von 4,3 Milliarden Dollar importiert hat - im Jahr 2021 waren es nur 1,3 Tonnen. China und die Türkei waren die nächstgrößeren Bestimmungsländer, die zwischen dem 24. Februar 2022 und dem 3. März 2023 jeweils etwa 20 Tonnen importierten. Zusammen mit den VAE entfielen auf diese drei Länder 99,8 Prozent der russischen Goldexporte in den Zoll Daten für diesen Zeitraum.

In den Tagen nach Ausbruch des Ukraine-Konflikts stellten viele multinationale Banken, Logistikunternehmen und Edelmetallraffinerien den Handel mit russischem Gold ein, das in der Regel nach London, einer Drehscheibe für den Goldhandel und die Lagerung, geliefert worden war. Die London Bullion Market Association verbot russische Barren, die ab dem 7. März 2022 hergestellt wurden, und bis Ende August hatten Großbritannien, die Europäische Union, die Schweiz, die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan die Einfuhr von russischem Gold verboten. Die Exportaufzeichnungen zeigen jedoch, dass die russischen Goldproduzenten schnell neue Märkte in Ländern fanden, die keine Sanktionen gegen Moskau verhängt hatten, wie die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und China.

[Exclusive: From Russia with gold: UAE cashes in as sanctions bite | Reuters](#)

-----

### **OECD hebt Russland-Prognose an**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre Prognose für die russische Wirtschaftsentwicklung angehoben erwartete dort aber in den nächsten beiden Jahren dort weiterhin eine Rezession. Im März hatte die OECD noch einen Rückgang des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,1 Prozent in diesem und 0,5 Prozent im nächsten Jahr vorausgesagt. Die neue Prognose lautet -1,5 Prozent und -0,4 Prozent. Weltbank sieht für das laufende Jahr ein Minus von 0,2 Prozent vor, erwartet dann aber für 2024 in Russland ein Wachstum von 1,2 Prozent.

[Global economic outlook improving, albeit to a low growth recovery - OECD](#)

[Global Economic Prospects -- June 2023 \(worldbank.org\)](#)

-----

### **Russland weist schwedische Diplomaten aus und schließt Konsulat in St. Petersburg**

Einen Monat nach der Ausweisung von fünf russischen Diplomaten durch Schweden, die der Spionage beschuldigt werden, gab das russische Außenministerium am 25. Mai bekannt, dass fünf schwedische Diplomaten das Land verlassen müssen. Gleichzeitig teilte das Ministerium mit, dass das schwedische Konsulat in Sankt Petersburg ab dem 1. September geschlossen wird und Russland sein Konsulat in Göteborg schließen wird.

„Die russische Ankündigung ist sehr bedauerlich. Russland hat sich dazu entschlossen, schwedische Diplomaten auszuweisen, die im Rahmen des Wiener Übereinkommens gehandelt und normale diplomatische Aktivitäten in Russland durchgeführt haben“, schrieb das schwedische Außenministerium in einer Erklärung.

[Russland weist schwedische Diplomaten aus und schließt Konsulat – EURACTIV.de](#)

## 5. USA

---

### **Politico:**

#### **Fünf Länder stehen im Verdacht der aktiven Sanktionsumgehung**

Laut Politico haben die die USA fünf Länder identifiziert, die Russland bei der Umgehung von Sanktionen helfen. Die Publikation stützt sich auf eine Rede des Sanktionskoordinators des US-Außenministeriums, Jim O'Brien, auf der Jahrestagung des European Council on Foreign Relations.

„Die USA haben insbesondere fünf Länder identifiziert, die das Problem der Umgehung [von Sanktionen] verursachen: Die Türkei, Kasachstan, Georgien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Armenien“, heißt es in dem Artikel.

Wie O'Brien anmerkt, haben die G7-Länder nach Beginn des Krieges in der Ukraine die Lieferung von Ausrüstungen an Russland eingestellt, obwohl die Exporte in andere Länder wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kasachstan zugenommen haben. Diese Länder sind zu wichtigen Lieferanten westlicher Produkte für Russland geworden, und die Vereinigten Staaten verhandeln mit diesen Ländern, um das wichtige Problem der Umgehung von Sanktionen zu lösen.

Das Problem ist, so O'Brien, dass europäische Unternehmen Materialien an andere Länder verkaufen, die diese dann an Russland weiterverkaufen.

„Die Exporte von grundlegenden Chips und Elektronik, die Russland für seine Kriegsmaschinerie benötigt, haben wieder das Vorkriegsniveau erreicht, da Russland die Sanktionen immer besser umgehen kann. Anfang dieses Jahres war Russland in der Lage, bestimmte Schlüsselkategorien der Elektronik, d.h. Chips, Prozessoren und integrierte Schaltkreise, die für die Herstellung moderner Waffen benötigt werden, wieder auf Vorkriegsniveau zu importieren.

Sie wissen, was auf dem Spiel steht. Ihre Wirtschaft ist in Gefahr. Der größte Teil Ihrer Einkünfte beruht auf den Beziehungen zu Europa, den USA und Japan. Warum sollten Sie alles für ein paar Geschäfte riskieren?“ sagte O'Brien.

[POLITICO: Georgia helping Russia evade sanctions, JAMNews \(jam-news.net\)](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Großbritannien

#### Liste mit waffentauglichen Gegenständen

Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Commonwealth und Entwicklung (FCDO) hat nach Angaben von Europeansanctions.com eine Liste veröffentlicht, in der Gegenstände aufgeführt sind, die Russland in seinen Waffensystemen verwendet. Die Liste ist in vier Stufen unterteilt:

Ebene 1: integrierte Schaltkreise;

Stufe 2: elektronische Artikel für die drahtlose Kommunikation, satellitengestützte Funknavigation und passive elektronische Komponenten;

Stufe 3: diskrete elektronische Bauteile, elektronische Kabel und Steckverbinder, Digitalkameras und verwandte optische Bauteile;

Ebene 4: Herstellungs-, Produktions- und Qualitätsprüfungsausrüstung für elektrische Bauteile und Schaltungen.

[Russia Sanctions – Common High Priority Items List - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/russia-sanctions-common-high-priority-items-list)

#### Neue Sanktionen gegen Belarus

Mit neuen Maßnahmen gegen Belarus will Großbritannien die Einnahmen des belarussischen Staates verringern und eine Umgehung von Sanktionen gegen Russland verhindern. Künftig sei die Einfuhr von Holz, Gold, Zement und Gummi aus Belarus als „Einnahmequellen des Lukaschenko-Regimes“ verboten, teilte das Außenministerium in London nach Angaben von dpa mit. Untersagt werde zudem der Export von Banknoten und Maschinen sowie von Gütern, Technologien und Materialien, die zur Herstellung chemischer und biologischer Waffen verwendet werden könnten.

„Dieses neue Paket verschärft den wirtschaftlichen Druck auf Lukaschenko und sein Regime, das die russischen Kriegsanstrengungen aktiv unterstützt und die territoriale Integrität der Ukraine ignoriert“, sagte der britische Außenminister James Cleverly.

Mit den Sanktionen sollen auch die engen Verbindungen zwischen der belarussischen und der russischen Wirtschaft getroffen und Schlupflöcher geschlossen werden, wie das Ministerium betonte. So werde der Zugang von Belarus zu britischen Finanzmärkten eingeschränkt. Auch das Einfuhrverbot für Waren wie Gold spiele hier eine Rolle, da sie möglicherweise aus Russland stammten.



## Japan

### Neue Sanktionen und Exportbeschränkungen

Japan hat weitere Sanktionen gegen Russland verhängt, nachdem es in der vergangenen Woche Gastgeber des G7-Gipfels war, auf dem sich die Gruppe auf eine Verschärfung der Maßnahmen gegen Moskau geeinigt hatte.

Japan wird die Vermögenswerte von 78 Unternehmen und 17 Einzelpersonen, darunter Armeeoffiziere, einfrieren und Exporte an 80 russische Einrichtungen, wie z. B. dem Militär angegliederte Forschungslabors, verbieten

[Measures based on the Foreign Exchange and Foreign Trade Act regarding the situation surrounding Ukraine | Ministry of Foreign Affairs of Japan \(mofa.go.jp\)](#)

## Kanada

### Bulletin zu Geldwäsche

Das kanadische Zentrum für die Analyse von Finanztransaktionen und -berichten (FINTRAC) hat nach Angaben von Europeansanctions.com ein spezielles Bulletin herausgegeben, das Hintergrundinformationen und aktualisierte Informationen zur Geldwäsche im Zusammenhang mit Russland enthält. Der Inhalt des Bulletins kann von Meldepflichtigen genutzt werden, um:

- die Risiken der Geldwäsche und der Finanzierung terroristischer Aktivitäten zu erkennen und zu bewerten;
- Kontrollen und Maßnahmen zur Abschwächung dieser Risiken anzuwenden
- verdächtige Transaktionen effektiv zu erkennen und an FINTRAC zu melden.

[Special Bulletin on Russia-linked money laundering activities \(canada.ca\)](#)

### Sanktionen gegen moldauische Staatsbürger

Der kanadische Außenminister kündigte am 1. Juni an, dass Kanada im Rahmen der Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen Sanktionen gegen sieben Personen und eine Einrichtung in Moldau verhängen wird. Betroffen sind:

- Ilan Mironowitsch Shor, Vorsitzender, und Marina Tauber, stellvertretende Vorsitzende, der Shor-Partei, die angeblich an der Destabilisierung der demokratischen Regierung Moldawiens zugunsten Russlands gearbeitet hat;
- Vladimir Plahotniuc, Constantin Botnari, Veaceslav Platon und Vladimir Andronachi, Politiker und Geschäftsleute, die in den Bankbetrugsskandal und/oder die russische Geldwäscherei verwickelt sind; und

- Gheorghe Cavaliuc, ehemaliger stellvertretender Leiter der nationalen Polizeiinspektion, der als Vorsitzender der Partei "Europa zu Hause aufbauen" eine Schattenregierung gegründet haben soll.

Die kanadischen Sanktionen folgen ähnlichen Maßnahmen, die die EU am 30. Mai 2023, eingeführt hat.

[Canada announces sanctions against Russian collaborators in Moldova - Canada.ca](#)

## Ukraine

### Schwarze Liste bezeichnet 26 Unternehmen als „Sponsor von Terrorismus“

Wie bereits in Update 08 berichtet, hat die ukrainische Regierung eine Schwarze Liste mit 26 Unternehmen erstellt, die z.B. in Russland weiter Steuern entrichten. Für die ukrainische Seite sind diese Unternehmen „Internationale Sponsoren von Terrorismus“. Die Liste, auf der fünf griechische, vier chinesische, vier französische, vier amerikanische, zwei italienische und je auch ein deutsches, österreichisches, belgisches, ungarisches, irisches, britisches, indisches und estnisches Unternehmen stehen und dadurch auch zu Protesten einiger EU-Staaten geführt hat, ist hier zu finden:

[The main database of sanctions that were imposed after Russia's attack on Ukraine | War and sanctions \(nazk.gov.ua\)](#)

### Aufsichtsbehörde soll Russland auf Schwarze Liste setzen

Die Ukraine setzt sich laut einem Bericht von Euractiv aktiv dafür ein, dass Russland von der Financial Action Taskforce (FATF), der globalen Aufsichtsbehörde gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, auf die schwarze Liste gesetzt wird. Demnach soll Russland auf der nächsten Plenarsitzung im Juni herabgestuft werden. Im Februar hatte die FATF bereits die Suspendierung Russlands aus der Organisation bekannt gegeben, mit der Begründung, dass das Land „die Verpflichtungen zur internationalen Zusammenarbeit und zum gegenseitigen Respekt verletzt“ habe.

Die FATF, die bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris angesiedelt ist, leitet die weltweiten Maßnahmen gegen Geldwäsche sowie gegen die Finanzierung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. Sie fördert globale Standards durch eine Reihe von internationalen Empfehlungen und führt Bewertungen der rechtlichen Rahmenbedingungen der Länder durch.

Ein vertraulicher Bericht, der beim FATF-Sekretariat eingereicht wurde, zeigt die Bemühungen der Ukraine, die Nominierung Russlands für die International Cooperation Review Group (ICRG) der FATF bei der nächsten Plenarsitzung vom 19. bis 23. Juni voranzutreiben, um auf die „Schwarze Liste“ der Aufsichtsbehörde gesetzt zu werden, wie EURACTIV erfuhr. Die Aufnahme Russlands auf die Schwarze Liste würde die wirtschaftliche Isolation des Landes weiter vorantreiben und Moskau auf die gleiche Stufe wie den Iran, Nordkorea und Myanmar stellen.

[Geldwäsche: Russland soll auf „Schwarze Liste“ gesetzt werden – EURACTIV.de](#)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

Heute keine Meldungen

## 8. Termine

---

### **14. Juni: Jahresempfang des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Berlin**

Am 14. Juni findet die diesjährige Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses statt. Der Tag beginnt mit Sitzungen von Vorstand und Präsidium. Um 15:30 Uhr sind alle Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen zur internen Jahresmitgliederversammlung eingeladen. Ab 18 Uhr findet der Jahresempfang für alle Mitglieder, befreundete Botschaften und Partner des Ost-Ausschusses statt. Als Gesprächspartnerin erwarten wir die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Franziska Brantner. Zudem stellt sich der neuzusammengestellte Ost-Ausschuss-Vorstand vor.

Die Teilnahme ist nur auf persönliche Einladung hin möglich.

Kontakt:  
Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
A.Metz@oa-ev.de

### **26. – 30. Juni: Delegationsreise in die Republik Moldau – Chisinau**

Vom 26. bis 30. Juni 2023 organisiert der Ost-Ausschuss in Kooperation mit der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer eine Delegationsreise von Unternehmen aus Rumänien und Deutschland nach Chisinau. Die Delegation ist der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Rumänien/Deutschland und der Republik Moldau gewidmet, mit dem Ziel, Kontakte und Partnerschaften zwischen verschiedenen Unternehmen zu unterstützen. Das Programm der Delegation umfasst Unternehmensbesuche sowie B2B-Treffen mit lokalen Partnern.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich ausschließlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses.

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte bei Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa: s.kaebein@oa-ev.de

## **27. Juni: Hamburg Business Network – Risikomanagement in Osteuropa, Hamburg**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt Sie in Kooperation mit der PricewaterhouseCoopers GmbH WPG herzlich ein zum

Hamburg Business Network – Risikomanagement in Osteuropa  
am 27. Juni 2023 (14:00 – 16:30)  
PricewaterhouseCoopers GmbH WPG, Alsterufer 1, 20354 Hamburg

unter der Leitung von Prof. Dr. Peer Witten, Mitglied des Präsidiums und Arbeitskreissprecher Logistik und Verkehrsinfrastruktur.

Größere wirtschaftliche Abhängigkeiten von China und Russland sind riskant. Dies wurde in der Corona-Zeit und angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine überdeutlich. Auf der Suche nach alternativen Beschaffungs- und Absatzmärkten gewinnen die osteuropäischen Länder vor unserer Haustür weiter an Bedeutung. Nearshoring und Friendshoring sind dazu die passenden Stichworte. Bereits 18 Prozent des deutschen Außenhandels entfallen auf diese Region und die Potenziale sind noch längst nicht ausgereizt. Doch wie sieht es mit den Risiken aus? Welche Instrumenten stehen zur Verfügung, um sie zu minimieren? Wie stabil sind die einzelnen Länder Osteuropas?

Das Business Network-Treffen bietet Ihnen Expertenimpulse zu diesen Themen und dient als Plattform für den aktiven Austausch unter den Mitgliedsunternehmen und Partnern in Hamburg und der Region.

Bei Rückfragen zur Teilnahme:

Petya Hristova

Leiterin Kontaktstelle Hamburg

Fachkräftesicherung

Gesundheitswirtschaft

Tel.: 030 206167-155

[P.Hristova@oa-ev.de](mailto:P.Hristova@oa-ev.de)

## 9. Tipps & Links

---

Das Atlantic Council hat den **Handel Russlands** im vergangenen Jahr analysiert und festgestellt, dass neben Indien und China auch einige NATO-Länder trotz Sanktionen ihren Handel mit Russland ausgedehnt haben. Dazu gehören die Türkei, Griechenland und Bulgarien. Hier die Übersichten: [China is trading more with Russia—but so are many US allies and partners - Atlantic Council](#)

Klaus Dormann hat auf Ostexperte.de anhand internationaler Analysen eine Übersicht zu den bisherigen **Wirkungen der Russland-Sanktionen** zusammengestellt. Die Auflistung enthält auch weiterführende Literaturtipps  
[Wie wirkten die Russland-Sanktionen bisher? – Ostexperte.de](#)

Das Kyjiwer KSE-Institute führt in Zusammenarbeit mit ukrainischen Ministerien im Rahmen der **Kampagne „Leave Russia“** eine Liste internationaler Unternehmen und deren Russlandengagement. Laut dieser Liste führen aktuell 1339 Unternehmen ihr Russland-Engagement weitgehend unverändert fort, während 1926 auf die eine oder andere Weise Konsequenzen aus der Kriegslage gezogen hätten (Investitionsstopp, partieller Rückzug, vollständiger Exit). 235 Unternehmen hätten inzwischen Russland ganz verlassen, 467 seien gerade im Abwicklungsprozess.

[#LeaveRussia: The List of Companies that Stopped or Still Working in Russia \(leave-russia.org\)](#)

Das Atlantic Council weist auf eine Aktualisierung seines **Global Sanctions Dashboard**, in dem auch die jüngsten Entwicklungen vom G7-Gipfel eingefügt wurden. Informiert wird auch über Wege zur Sanktionsumgehung. In 20 Ländern seien weltweit Netzwerke zur Umgehung von Sanktionen entdeckt worden, darunter in der Schweiz, Liechtenstein, Singapur und Finnland. In iranischen Drohnen seien beispielsweise Komponenten aus westlicher Produktion entdeckt worden. 40 von 52 fraglichen Teilen stammen demnach aus den USA selbst.

[Global Sanctions Dashboard: US and G7 allies target Russia's evasion and procurement networks - Atlantic Council](#)

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:  
[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

-----

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

-----

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier aktuell verzeichnet und recherchierbar: [Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

-----

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

-----

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

**Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**  
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**  
[BAFA - Russland](#)

### **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

### **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

### **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](https://www.aebrus.ru)

### **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----

### **Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
T. +49 (0)30 206167-120  
[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss